

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 5,00 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10, Tel. 25 201.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10, Tel. 25 201.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Interate werden die 6spaltige Beizeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Interate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 17.

Dresden, Montag den 22. Januar 1917.

28. Jahrg.

An die Partei!

Die festgefügte Organisation der deutschen Sozialdemokratie ist allezeit selbst von ihren Gegnern als vorbildlich bezeichnet worden; sie ist stets der Stolz der deutschen Arbeiterchaft gewesen. Die Erfolge der deutschen Sozialdemokratie auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete waren nur zu erlangen auf Grund dieser starken demokratischen Organisation, für deren Mitglieder die Einheitlichkeit im Handeln stets als erste und selbstverständliche Pflicht galt.

Niemals zuvor war die Geschlossenheit der Partei dringlicher geboten als nach dem Ausbruch und im Verlaufe des Verteidigungskrieges, den Deutschland seit nunmehr 30 Monaten zu führen gezwungen ist.

Einheitslich trat die deutsche Sozialdemokratie, die immer auf dem Boden der Landesverteidigung gestanden hat, auch beim Ausbruch des Krieges auf. In der Erklärung, die der Abgeordnete-Deputierte für die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 4. August 1914 abgegeben hat, heißt es:

Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbstständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Überzeugung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.

Getreu dieser Erklärung, die sich vollkommen im Einklang befindet mit unseren Grundgesetzen, hat die sozialdemokratische Partei sowohl wie auch die Reichstagsfraktion im Verlaufe des Krieges gehandelt. Trotzdem blieben zunächst einzelne Genossen, dann auch Gruppen und Organisationen ab und gingen ihre eigenen Wege. Dieses disziplinlose Verhalten, durch das die Bemühungen der Partei zur Verwirklichung eines baldigen Friedens ganz erheblich erschwert werden sind, wurde unter Hinweis auf Reden und Forderungen unverantwortlicher Personen und Verbände mit der Behauptung begründet, daß der Verteidigungskrieg Deutschlands zu einem Eroberungskrieg geworden sei und daß die sozialistische Grundgesetze mißachtete. Diese Behauptungen sind vollkommen unwahr.

Daß Deutschland keinen Eroberungskrieg führt, sondern einen ungeheuren Übermacht um seine nackte Existenz, so auch um die wichtigsten Lebensinteressen der Arbeiterschaft kämpft, kann nach den Antworten der Entente auf das deutsche Friedensangebot und die Anregungen des Präsidenten Wilson in keinem vernünftigen Menschen mehr bestritten werden.

Durch unsere Parteiorganisation geht ein Mißverständnis hervor, das sich die Zustände innerhalb der Partei entwickelt. Die für jeden Demokraten selbstverständliche Pflicht der Unterordnung unter die Beschlüsse der Mehrheit wird vielfach mißachtet. Das demokratische Prinzip wird direkt auf den Kopf gestellt: die Mehrheit soll sich dem Willen einer Minderheit fügen.

Zur größten Freude aller Feinde der Partei und zum nachteiligsten Schaden der Partei und der deutschen Arbeiterschaft redete und stimmte schließlich nicht nur eine Minderheit der Reichstagsfraktion gegen die Mehrheit, sondern gründete eine besondere Fraktion. Mit der Spaltung der Reichstagsfraktion war in unverantwortlicher Weise das denkbar schlimmste Beispiel für weitere Parteispaltung gegeben worden. Trotz alledem ließen es der Parteivorstand, der Parteischluß und die Reichstagsfraktion bei Tadeln und ersten Ermahnungen, in der Erwartung, daß die in der Opposition stehenden Genossinnen und Genossen sich auf ihre demokratischen Pflichten besinnen und fernerhin Disziplin üben würden.

Diese Erwartungen sind nach jeder Richtung hin getäuscht worden. Die allgemeinen Kriegsnöte, der Schmerz um Verluste, die Sorge um Angehörige usw. — alles das hat, wie in allen anderen am Kriege beteiligten Ländern auch bei uns eine Stimmung geschaffen, die von der Opposition restlos ausgeht, um die Parteimehrheit und die Parteileitung zu verächtlichen und die Leitung der Partei einer Gruppe in die Hände zu spielen, die schon lange Zeit vor dem Kriege darum gekämpft hat. Unangesehen hielten und halten die verschiedenen oppositionellen Gruppen — die Sozialdemokratische Arbeitergemeinschaft, die sogenannten Internationalen, die Spartakusanhänger usw. — Konferenzen im Reich, um sich zunächst oppositionelle Stützpunkte und im Anschluß daran eigene Organisationen zu schaffen.

Verfälschene Parteizeitungen wurden von den oppositionellen Gruppen, die sich untereinander selbst auf das heftigste bekämpfen, konfiziert.

Das Parteileben ist an manchen Orten vollkommen gelähmt worden.

(W. T. S.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 22. Januar 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Lens wurde ein schwächerer englischer Angriff im Handgranatenkampf abgeblieben.

Bei Besonnoy und östlich von-a-Mausin brachten Erfindungsabteilungen von kurzen Batterien in die feindliche Stellung mehrere Franzosen und ein Maschinengewehr zurück.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern: Westlich Friedrichshafen wurden nachst angriffende russische Jagdflugmaschinen abgewiesen.

Ein Erlaß des Zaren an Goltshin.

Petersburg, 21. Januar. Peterburger Telegr.-Agentur. Ein Erlaß des Zaren an den Ministerpräsidenten Goltshin folgenden Wortlaut: Nachdem ich Ihnen den vorläufigen Vorschlag des Ministerpräsidenten überreicht habe, halte ich es für angelegentlich, Sie auf die wichtigsten Fragen aufmerksam zu machen, deren Lösung die Wende des großen Krieges richten wird. In gegenwärtigen Augenblicken muß ein Unterschied der Nationalitäten und Klassen auf die tiefere und glücklichere Verteidigung des Vaterlandes und erwarten werden. In vollem Bewußtsein der Verantwortung, die ich als Zaren auf mich nehmen lasse, habe ich den Gedanken an einen Friedensschluß vor dem Zerbrechen der Kraft des Krieges ertragende russische Volk bis zum Ende zu halten zu lassen.

Das Treiben erreichte seinen Höhepunkt in der von der Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft für alle oppositionellen Gruppen einberufenen Reichskonferenz, die am 7. Januar 1917 in Berlin gelang und u. a. beschlossen hat:

„Die Orts- und Kreisorganisationen, deren Mehrheit die Auffassung der Opposition teilt, haben in feste enge Verbände zu eintreten zu treten. Dort, wo die oppositionellen Genossen nicht die Mehrheit in der Organisation haben, haben sie im Rahmen des Parteistatus unermüdet für die Ausbreitung ihrer Anschauungen zu wirken und zur Erfüllung der der Opposition im Interesse der Partei obliegenden Aufgaben, sowie zur eigenen Belehrung in geeigneter Weise einen Zusammenschluß herbeizuführen.“

Wenn trotz aller früheren Vorgänge irgendwo in parteigenössischen Kreisen noch Zweifel bestanden haben sollten über die Absichten einer fanatisch-rechtshöckerischen Minderheit, der die Mehrheit sich fügen soll, so werden diese Zweifel nunmehr beseitigt sein. Die Reichs-Sonderkonferenz der Opposition und die von dieser gefassten Beschlüsse sind unvereinbar mit dem Organisationsstatut und der Zugehörigkeit zur Gesamtpartei. Darum die logischen Folgerungen zu ziehen war die unerlässliche Pflicht des Parteivorstandes, der diese Folgerungen gezogen und sie dem Parteiaussschuß unterbreitet hat. Der Parteiaussschuß hat die Stellungnahme des Parteivorstandes gebilligt und am 18. Januar nach eingehender Beratung unter ausdrücklichem Hinweis auf die Reichskonferenz der Opposition folgenden Beschluß gefaßt, dem der Parteivorstand beigetreten ist:

„Die Schaffung dieser Sonderorganisation und die Zugehörigkeit zu ihr ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gesamtpartei. Daher ist es nun Aufgabe aller treu zur Partei stehenden Organisationen, dem unehelichen Doppelspiel aller Parteigeräteten ein Ende zu machen und die durch die Abspaltung der Sonderorganisationen erforderlichen organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen.“

Parteigenossen! Die geschilderten Zustände sind für die Partei unerträglich geworden; sie mühten die Partei zugrunde richten, wenn wir sie länger dulden wollten. Wir wollen und dürfen sie nicht länger dulden. Hoch über allem Dogmenfanatismus und persönlicher Rechtsbeherrschung, hoch über allem anderen muß uns die Partei stehen, die Sachwalterin und Interessenvertreterin der klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft. Der Kampf der Partei für den Frieden, gegen die Mißstände in der Volksernährung und gegen den Belagerungszustand darf nicht lahmgelegt werden durch den Kampf in den eigenen Reihen.

Die Aufgaben, die sich im unmittelbaren Anschluß an den Krieg vor uns aufhären, auf dessen baldiges Ende nur eine einheitlich handelnde Partei mit Aussicht auf Erfolg hinarbeiten kann, sind geradezu gewaltige. Soll die Partei zu der Zeit, in der sie die wichtigsten Aufgaben im Interesse des arbeitenden Volkes zu leisten hat, wenn es gilt, entscheidende Kämpfe um politische Rechte zu führen und das Koalitionsrecht gesetzlich zu verankern, ohnmächtig sein? Könnte sie bei der Lösung der Steuerfragen die Interessen des arbeitenden Volkes wirksam vertreten, für die Opfer des Krieges, für die Witwen und Waisen mit der geringsten Aussicht auf Erfolg eintreten, wenn sie nicht einheitlich und geschlossen aufzutreten vermöchte? Soll die Partei nach dem Kriege in Trümmern liegen oder nicht? Das ist die Frage, auf die es ankommt.

Front des Generalobersten Erzhitzog Joseph:

In den Karpaten kam es an mehreren Stellen zu Korbekämpfen, die für uns günstig verliefen. Westlich des Titos-Tales war die beiderseitige Artillerie-tätigkeit zeitweise lebhaft.

Reeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Radenka:

Westlich Focia griff eine feindliche Kompanie unsere Sicherungen an der Palusa an. Sie wurde zurückgeschlagen.

Rusische Front:

Kaifer vereinzelten Erfindungsabteilungen sind keine besonderen Ereignisse zu melden. Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die natürlichen Oligoquellen unseres Vaterlandes sind unerschöpflich und stützen die Existenz einer Erfindung des Landes aus, die offensichtlich der unierten Ökonomen ausreicht. Um so größer ist die Bedeutung, welche die Regelung der unter den gegenwärtigen Bedingungen so wichtigen und demütigsten Fragen der Lebensmittelversorgung gewonnen hat. Infolgedessen beantrage ich vor allem die in Ihrer Person vereinigte Regierung, sowohl für die Versorgung der tapferen Armee wie für die Wahrung der unermüdetlichen Versorgungsbemühungen hinter der Front Sorge zu tragen. Ich bitte darauf, daß die gemeinsame Arbeit der gesamten Regierung auf die Verwirklichung auf breiter Grundlage und die Fortentwicklung der Maßnahmen, die zu diesem Zweck in der jüngsten Zeit ergriffen worden sind, gerichtet sein wird. Im übrigen wird der Erfolg auf die Verpflegung der Armee hin und folgt Unterstützung des Reichsrates zu.

Wir wollen die Partei wieder aktionsfähig machen und rufen die Genossen hiermit zur Mitarbeit auf.

In unserer Partei müssen die uneingeschränkte Meinungsfreiheit, das Recht auf die radikalste Kritik unter allen Umständen sichergestellt sein. Daran darf nicht gerührt werden. Diesen unantastbaren Rechten gegenüber steht freilich die Pflicht der Disziplin, d. h. die Pflicht der Unterordnung unter Mehrheitsbeschlüsse, die Einheitslichkeit im Handeln.

Es muß jetzt Klarheit in der Partei geschaffen werden. Wer fernerhin zur Sozialdemokratischen Partei stehen und ihr die Treue halten will, der kann nichts gemein haben mit dem, was auf der Reichskonferenz der verschiedenen oppositionellen Gruppen beschlossen worden ist.

Es muß jetzt Farbe bekant werden. Die Genossen und Organisationen, die sich mit den Beschlüssen der Reichs-Sonderkonferenz der oppositionellen Gruppen solidarisch erklären, können nicht gleichzeitig Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sein oder bleiben. Das eine schließt das andere aus.

Parteigenossen! Ernster denn je ist die Zeit für unser Land und unser Volk; ernster denn je zuvor auch für unsere Partei. Seid euch alle der vollen Verantwortlichkeit, die jetzt auf jedem Einzelnen liegt, bewußt und handelt als Sozialdemokraten, wie es Euch die Pflicht im Interesse der Arbeiterschaft gebietet.

Berlin, den 20. Januar 1917.
Der Vorstand
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Eine Aktion der Arbeitsgemeinschaft.

Die Reichstagsabgeordnete Frau Ledebour, Dittmann und Voghtz (für die Arbeitsgemeinschaft) und die Genossen Ad. Hoffmann, P. Hoffmann und Herbst (für Großberlin) haben in der Widerheitspresse einen Aufruf erlassen, der sich mit der gegen die parteierrittenden Beschlüsse der Reichstagskonferenz gerichteten Resolution des Parteiaussschusses beschäftigt. Darin wird bestritten, daß dem Parteivorstande oder einer anderen Körperschaft ein Recht zustünde, Parteioorganisationen oder einzelne Parteigenossen aus der Partei auszuschließen. Der Ausschluß aus der Partei könne nur durch ein schiedsgerichtliches Verfahren erfolgen, dessen letzte Instanz der Parteitag sei. Wörtlich heißt es darüber:

Wir haben uns nicht von der Partei getrennt. Wir stehen vielmehr mit voller Überzeugung und Treue auf dem Boden des Parteiprogramms! In der Besprechung vom 7. Januar wurde ja auch ausdrücklich erklärt, daß wir für die Ausbreitung unserer Anschauung im Rahmen des Parteistatus wirken wollten.

Dem Parteivorstand steht ebensowenig wie irgend einer anderen Körperschaft das Recht zu, ganze Parteioorganisationen oder einzelne Parteigenossen durch irgend eine Verfügung aus der Partei auszuschließen. Der Ausschluß aus der Partei kann nach dem Organisationsstatut nur durch ein schiedsgerichtliches Verfahren erfolgen, dessen letzte Instanz der Parteitag ist.

Daraus geht hervor, daß die Arbeitsgemeinschaft wohl eine so entschiedene Tat, wie sie der Parteiaussschuß vollbracht hat, nicht erwartet hatte, nachdem von dieser Seite bisher die böseartigen Verleumdungen gegen die Parteimehrheit und ihre Politik hatten ungestrukt verpöht werden können. Jetzt ist den Arbeitsgemeinschaftlern der Schreck in die Glieder gefahren und nun versuchen sie, sich hinter Formalien zu verstecken. Das kann uns nicht überraschen, denn sie hätten sich ja bei ihrem parteierrittenden Treiben darauf, daß die Partei auch gegen die argsten Verleumdungen ohnmächtig ist und ohne Parteitag auch die schlimmsten Parteigeräteten nicht